

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redaktion & Druck)  
Verantwortl. Amt Moabitplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 5 Pf.

## Neue Kämpfe im neuen Jahr.

Da es allgemein üblich ist, sich zum neuen Jahr neues Glück zu wünschen, möchten wir es nicht unterlassen, unseren Kollegen und Kollegen an dieser Stelle unsere Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen, denn sie haben es wirklich nötig. Für die deutschen Gewerkschaften und namentlich für unsere Organisation beginnt mit diesem neuen Jahre eine neue Epoche. Die deutsche Unternehmerschaft hat mit Unterstützung des internationalen Kapitals der deutschen Arbeitererschaft Kräfte angelegt. Die Erregungenschaften der Revolution, die unter dem furchtbaren Druck der Not und unter der ungleichmäßigen Verteilung der Kräfte schon arg verwässert waren, sollen nun in ihrem letzten und wertvollsten Teil ganz befeitigt werden. Der Achtstundentag ist in Gefahr, in einen Zehnstundentag verwandelt zu werden. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Inflation, rasende Teuerung haben die deutschen Proletarier bis an den äußersten Rand der Existenzfähigkeit herabgedrückt.

Die Widerstandskraft der Gewerkschaften ist durch diese Vorkommnisse natürlich nicht gefährdet worden. Das Unternehmertum, das in Deutschland genau so wie in allen anderen Ländern sich jetzt noch im Besitz der wirtschaftlichen und politischen Macht befindet, will von dieser Macht rücksichtslosesten Gebrauch machen. Im Bergbau und in der Schwermetallindustrie sehen wir, wie seit Jahrzehnten schon, die Vorkämpfer kapitalistischer Herrschaft am Werke. Die Einzelnen und Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der deutschen Städte und Stadtgemeinden können nicht mehr ruhig schlafen, seitdem sie die vermeintlichen Erlöse der privaten Arbeitgeberverbände konstatieren konnten.

Der Reichsarbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände hat unserer Organisation nunmehr gleichfalls den Fehdehandschuh zugeworfen. Unser Berufung auf die soeben erlassene Verordnung über die Neuregelung der Arbeitszeit kündigt uns der Arbeitgeberverband unter dem 28. Dezember 1923, im u. E. unzulässiger Weise und mit 30-tägiger Frist, die im § 2 unseres Reichsmantelarbeitsvertrages festgelegte Arbeitszeit und fordert die Festlegung einer 60- bis 70-stündigen Arbeitsleistung pro Woche. Bereits einige Wochen vorher mußte uns der Arbeitgeberverband zu zentralen Lohnvereinbarungen zu treffen, die noch unter der berücksichtigten Reichslohnregelung geblieben waren, die wir natürlich ablehnten. Diese beiden Tatsachen unseren Kollegen zu unterbreiten, halten wir für unsere Pflicht, obgleich sie ganz sicherlich keine guten Neujahrswünsche darstellen. Von Ost bis West, von Nord bis Süd, in allen Teilen des Reiches, in allen Städten und allen Verwaltungen der öffentlichen Betriebe wissen jetzt unsere Kollegen und Kollegen, was uns im neuen Jahre bevorsteht. Es wird all unserer Energie, Kraft und Einheitsfront bedürfen, um das Schlimmste abzuwenden. Wir müssen näher aneinander rücken. Mühen darf unsere Front nicht aufweisen. Auch alle diejenigen, die sich im Hintergrunde aufzuhalten pflegen, haben jetzt die Pflicht, vorzutreten und unsere Reihen zu stärken.

Der Beirat des Verbandes tritt Mitte Januar zusammen, um No für die Organisation notwendigen Beschlüsse zu fassen. Wir erwarten von unseren Kollegen, daß sie dafür sorgen, daß die Organisation materiell und ideell so stark wie nur möglich gemacht wird. Unbedingt notwendig ist, daß wir Vertrauen zueinander haben. Vertrauen zur Führung und Vertrauen zur Mitgliedschaft sind notwendig, um die schweren kommenden Zeiten überleben zu können. Ein neues Jahr und neue Kämpfe stehen uns bevor. Die Mitarbeit aller Kollegen ist vonnöten, darum ans Werk!

## Jahresrückblick und Ausblick.

### 1. Allgemeines und Politisches.

Es liegt im Zuge unserer Zeit, daß das Interesse für die Vergangenheit sehr gering ist und jeder wissen möchte, was morgen geschieht. Trotzdem müssen wir es unternehmen, unserer Kollegenschaft einen kurzen Rückblick zu geben über das vergangene Jahr, denn unsere taktische Einstellung wird wesentlich beeinflusst von den bisherigen Geschehnissen und sie muß in Zukunft noch viel stärker davon beeinflusst werden. Soll die deutsche Arbeitererschaft aus dem entsetzlichen politischen sozialen und wirtschaftlichen Elend herauskommen, so muß sie ihre Kräfte in ganz anderer Weise konzentrieren als bisher. Sie muß aus der Demonstrationstaktik heraus und planmäßig versuchen die schwachen Stellen des Gegners festzustellen, um ihnen auf diese Weise beizukommen. Die Geheimtätigkeit für diese Taktik aber ist unsere längste politische und gewerkschaftliche Erwählung, soweit man das letztere Wort überhaupt dafür anwenden kann. Als zu Ende des Jahres 1923 die Regierung Cuno sich in den Sattel setzte, da war die Frage für viele Monate entschieden, daß die Arbeiter außerhalb der Koalition bleiben würden, und erst später ist dann die Koalitionsfrage in den Mittelpunkt der Diskussionen der Arbeiterparteien gerückt bis auf den heutigen Tag. Wir hatten die Frage der Koalitionen für keine grundsätzliche und sind der Meinung, daß von Fall zu Fall entschieden werden muß, wie der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem Boden am besten durchzuführen ist. Jedenfalls kann man aus der furchtbaren Zeit vom Januar bis Ende Juni 1923 feststellen, daß auch ohne Koalition das Elend der Arbeiterklasse fürchterlich gefördert worden ist. Als am 11. Januar 1923 die Ruhrbesetzung erfolgte, war der einheitliche Wille der Arbeitererschaft im Ruhrbezirk selber so stark auf passiven Widerstand eingestellt, daß eine andere Meinung sich nirgendwo Gehör schaffen konnte. Anstatt nun alle Kräfte anzulegen, um das Bürgerturn zu zwingen, für eine Finanzierung des Ruhrkampfes zu sorgen, ließ man monatelang die Inflation vor sich gehen und der Markverfall nahm Dimensionen an, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellten. Infolge dieser Auswirkung ist zeitweilig sogar Rußland überholt worden in Bezug auf die Geldentwertung.

Wie die meisten Geschehnisse in Deutschland sozusagen automatisch sich auswirkten und die Maßnahmen der Regierenden zu spät kamen, so ist dabei doch eines festzustellen: Die Arbeitererschaft hat selbst in der Zeit, als niemand von den Sozialisten in der Regierung stand, den „Führern“ die Schuld in die Schuhe geschoben über den wirtschaftlichen Niedergang. In Wirklichkeit ist von Seiten der Sozialisten wie auch vom ADG. seit Jahren ein Steuerprogramm sowie viele Einzelvor schläge gemacht worden, wodurch eine Gesundung hätte herbeigeführt und auch eine Befriedigung mit Frankreich vielleicht hätte ermöglicht werden können. Aber diese Vorschläge sind stets vom gesamten Bürgerturn abgelehnt worden und die Nachmittel der Arbeitererschaft haben in keinem Falle ausgerichtet, wie die Entlohnung bewiesen hat, um auf demonstrationswegs das Ziel zu erreichen.

Es ist auch bezeichnend und muß in einem Rückblick immerhin erneut festgestellt werden, daß bei allem guten Willen, uns zu helfen, die Internationale bei der Ruhrbesetzung vollständig versagte. Das fällt uns in diesem Augenblick um deswillen besonders schwer zu sagen, weil die Bereitwilligkeit, uns finanziell zu helfen, von der Internationale, insbesondere von unseren Brüdernverbänden, gegenwärtig bis aufs Äußerste befristet wird. Andererseits waren auch die



Machtverhältnisse in der Internationale nicht so gelagert, daß uns von Frankreich, England oder den kleineren neutralen Staaten eine starke politische Hilfeleistung kommen konnte. Inzwischen hat sich ja das Bild in bezug auf England durch die Dezember-Neuwahlen wesentlich geändert. Aber in Frankreich, Italien (Faschismus) und Belgien liegen die Dinge auch heute noch so, daß die Arbeiterschaft wohl protestieren kann, einen entscheidenden Machtfaktor bildet sie jedoch im politischen Leben zurzeit dort noch nicht. Wer also von der Internationale stark enttäuscht worden war, der war schlecht informiert, und es ist interessant, daß viele Arbeiter über diese Fragen so wenig informiert waren.

Die ungeheure Geldentwertung hat nicht nur unser wirtschaftliches und politisches Leben stark beeinflusst und die Arbeiterschaft getroffen, sondern weite Kreise des sogenannten Mittelstandes, insbesondere aber die freien Berufe, Kleinrentner usw. sind buchstäblich vor die Hunde gegangen. Und trotzdem erleben wir die Tatsache, daß diese Kreise, ebenso wie die große Mehrzahl der mittleren und höheren Beamten, Gegner der Arbeiterschaft gebildet sind. Sie haben sich zum Teil ins antisemitische, deutschvölkische und allenfalls ins deutschparteiliche Fahrwasser begeben, während nicht einmal die bürgerlichen Demokraten nennenswerten Zugang erhalten haben, wie die zahlreichen Landeswahlen im vergangenen Jahr in den Einzelstaaten, Gemeinden usw. klar beweisen. So ist es selbstverständlich, wenn auch sehr unerschrocken, daß der Reichstag eine Drunter-und-Drüber-Politik getrieben hat, die kaum noch überboten werden kann und die von einer Regierungsschleife in die andere torkelte. Von den zahlreichen ungeheuerlichen Maßnahmen, die uns im Ausland auf lange Zeit in der Achtung der anderen Völker herabsenken werden, sei nur genannt die Wiedergulassung des „Kronprinzen“ und die Benennung der Hohenzollernfamilie als „Prinzen von Preußen“ aus den jüngsten Tagen.

Der passive Widerstand im Ruhrgebiet ging am 23. September 1923 zu Ende. Aber das Unheil wirkte sich, Böses fortzugend, weiter aus. Der Notendruck hatte solche Dimensionen angenommen, daß die Marktentwertung in Verbindung mit der ungeheuerlichsten Spekulation, die vielleicht je ein Land gesehen hat, ins Groteske stieg. Das bedeutete für die Arbeiterschaft ein ewiges Verhandeln um „Erhöhung“ ihrer Löhne, die in Wirklichkeit nicht entfernt der Teuerung nachkommen konnten. Erst im Juli setzte sich erstmalig bei den Staatsarbeitern der Gedanke der wertbeständigen Löhne in die Praxis um, allerdings auf einem so tiefen Lebenshaltungsindex, daß dies freilich auch keine Befriedigung bei den arbeitenden Massen hervorrufen konnte. Und so hat sich dann bis Ende des Jahres die Politik der Gewerkschaften in der Hauptsache darauf beschränken müssen, auf dem so viel besprochenen Verhandlungswege von Woche zu Woche sich durchzumaneuvrieren. Vereinzelte Versuche (z. B. in der Metallindustrie, im graphischen Gewerbe), durch größere Streiks festen Boden unter die Füße zu bekommen, scheiterten leider.

Das deutsche Bürgertum aber teilte sich in zwei Lager: Die Spekulantien auf den Niedergang der Mark, die sich wahrnützig berichteten, mit Sinnes an der Spitze, und die immer mehr verarmenden Schichten, die dumpf und stumpf ihrem Schicksal entgegen gingen, ohne den Anschluß an die Arbeiterpartei zu finden oder stärkere Einwirkung auf die bürgerlichen Mittelparteien zu gewinnen. Zwar wurden zahlreiche Einzelstimmen laut, wie z. B. in der „Frankf. Zig.“, im Handelsstil des „Berl. Tagebl.“ usw., die auf die Wiederherstellung der Goldwährung drängten, um eine Wiedergulassung des Wirtschaftslebens zu ermöglichen; aber Wochen und Monate vergingen, ohne daß sich die Regierung entschließen konnte, wertbeständige Steuern einzuziehen, Haufenstein zu entfernen, oder sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um eine Besserung und Umgestaltung der Währung durchzuführen. Erst in den letzten Wochen des Jahres 1923 ist wenigstens die Währungsfrage besser geworden. Die Rentenmark hat dorerst die Papiermark aufgegriffen. Damit trat endlich ein Sinken der Lebensmittelpreise usw. in Erscheinung.

Ein besonderes Kapitel in den Wirrnissen des letzten Jahres bildet Bayern. In Nr. 41 unserer „Gewerkschaft“ war in einem Brief die Situation zusammenfassend trefflich gekennzeichnet. Wenn das möglich sein sollte, so ist inzwischen die Lage noch verworrener geworden und man weiß nicht, was noch werden mag. In Sachsen und Thüringen wirkte sich die zeitweilige Koalition mit den Kommunisten so aus, daß das gesamte Bürgertum nun einen starken Druck auf die Reichsregierung ausübte und diese allzu willfährig die Reichswehr ins Land schickte, die dann zum Teil in einer Welle gehaust hat, die der Hillegarde in München kaum nachsteht, wie zahlreiche Einzelvorgänge beweisen. Ein Generalstreik der sächsischen Arbeiterschaft scheiterte, und

es ist hart, muß aber gesagt werden, daß die Demonstrationspolitik in diesem Falle Schiffsbruch erlitten hat.

Ein Lichtbild in den vielen trüben Tagen des verflanen Jahres war die Wiedervereinigung der Sozialistischen Internationale in Hamburg in den Pfingsttagen. Wenn wir uns auch hüten müssen, in neue Illusionen in bezug auf die Internationale zu kommen, so darf doch gesagt werden, daß die Ansätze in der Gesundung der internationalen Kräfte sich in seiner Wiedervereinigung gezeigt haben, und wie die Hilfe für Deutschland beweist, ist die internationale Solidarität nicht beschränkt geblieben auf Resolutionen und Programmpunkte.

Solange allerdings die starke Zerrissenheit der deutschen Arbeiterparteien sich im politischen Richtungstreit fest ausschließt gegen die Bruderparteien wendet, wird der politische Einfluß weit geringer sein als etwa die Zahl der gesamten Anhänger oder der Reichstagsmandate. Gewiß ist das Parlament nicht das einzige Mittel, um die politischen Dinge neu zu gestalten. Aber es wird doch auf Jahre hinaus voraussichtlich eines der stärksten Mittel sein, und alles Schimpfen über den Reichstag als Dunkelkammer usw. hilft nicht über die Tatsache hinweg, daß die bürgerlichen Parteien es verstanden haben, in der Beschreibung wie auch sonst mit Hilfe dieses Reichstags die Arbeiterschaft zurückzubringen. Deshalb wird im neuen Jahre, da die Reichstagswahlen sozusagen vor der Türe stehen, die Arbeiterschaft alles daran setzen müssen, um den Bruderstreit, wenn nicht schon zu begraben, so doch in erträglichen freundschaftlich-brüderlichen Formen auszutragen, und den Hauptkampf zu führen gegen die bestehenden Klassen und das Bürgertum.

## Der internationale Kongress in Brüssel.

Im festlich geschmückten Saal des Raion du Peuple zu Brüssel tagte vom 9. bis 14. Dezember 1923 der internationale Kongress der Arbeiter öffentlicher Betriebe und Verwaltungen. Auf dem Kongress waren vertreten Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Schweden, Schweiz, aus Ungarn, der Tschechoslowakei und Spanien lagen Berühmungs- und Sympathie Kundgebungen vor. Derselben hatte die Filiale Hannover unseres Verbandes ein Berühmungstelegramm entsandt. Nach der Berühmung des Kongresses durch den Vertreter der belgischen Gewerkschaften, Genossen Wertens, und dem Vertreter des Internationalen Arbeitsamts, Genossen de Roope, gab der internationale Sekretär, Kollege van Hinte, Amsterdam, den Geschäftsbericht. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Internationale der Arbeiter öffentlicher Betriebe sich gut entwickelt und konsolidiert hat. Man darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß auf dem nächsten internationalen Kongress, der in drei Jahren in Stockholm stattfinden soll, alle Länder Europas, in denen überhaupt eine nennenswerte Gewerkschaftsbewegung besteht, angeschlossen sein werden. Der Vertreter des Internationalen Arbeitsamts sagte u. a., daß uns der Krieg zwei wertvolle Einrichtungen gebracht habe, und zwar den Völkerbund und das Internationale Arbeitsamt. Das sind zwei Einrichtungen, von deren Wirken wir in Deutschland bisher nicht viel gemerkt haben. Der Völkerbund ist bekanntlich noch kein solcher, und das Internationale Arbeitsamt kann sich nur schwer einschließen, dem Lande mit der stärksten Arbeiterbewegung, nämlich Deutschland, die gleichen Rechte einzuräumen wie den anderen Ländern. Immerhin sind das zwei Kriegsergebnisse, die durch weiteren Ausbau und Schaffung der gleichberechtigten Beteiligung aller Länder in der Zukunft wertvoll sein können.

Aus dem Geschäftsbericht war die erfreuliche Nachricht zu entnehmen, daß in England in letzter Zeit eine außerordentlich schnell vor sich gehende Konzentrationsbewegung der Gewerkschaften zu verzeichnen ist. Der Kollege Levenan, der Vorsitzende der englischen Organisation, konnte mitteilen, daß durch Zusammenschluß mehrerer Organisationen die Engländer 250 000 Mann in unserer Internationale stellen werden. Es bestehen dort außerdem Verhandlungen mit dem Transportarbeiterverband, die beim Zustandekommen der Verschmelzung die Zahl der Mitglieder auf 1 100 000 anwachsen lassen werden. Unsere englische Bruderorganisation zählt 50 000 bis 60 000 weibliche Mitglieder, eine Erscheinung, die man vor zehn Jahren in England noch für ganz unmöglich gehalten hätte.

Zu einer lebhaften Aussprache kam es auf dem Kongress bei der Erörterung der Zulassung des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner zur Internationale. Ein Vertreter Belgiens und die Skandinavier vertraten eindringlich und überzeugend den Standpunkt, daß aus jedem Lande nur eine Organisation der Internationale angeschlossen sein darf, eine Ansicht, die vom gesamten Kongress als die einzig richtige bezeichnet wurde. In keinem Lande Europas hat die Feuerwehr eine besondere Berufsorganisation aufzuweisen. Entweder besitzen sie das Recht der Koalition überhaupt nicht, wo sie es aber besitzen, sind sie unseren Organisationen angeschlossen. Der Kongress sollte trotzdem keinen endgültigen Beschluß, sondern beauftragte den Vorstand, die Angelegenheit in seiner nächsten Vorstandssitzung zu regeln.

Der Kollege Nordgreen (Schweden) hielt ein instruktives Referat über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter in öffentlichen Betrieben. Er verbreitete dem Kongress statistische Arbeiten der Schwedischen Organisation, die man als musterartig bezeichnen kann.

Von deutscher Seite war gleichfalls die Erörterung der Fragen über Arbeitszeit, Arbeitslohn, vor allem aber über die Kaufkraft des Lohnes in den verschiedenen Ländern in den Vordergrund der Betrachtungen gestellt worden, so daß der Kongress zu dem Beschluß kam, sich in Europa anscheinend eine Stabilisierung der Währungsverhältnisse vorzubereiten, daran gezeugen werden muß, durch genaueste Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu einem brauchbaren Vergleichsmaßstab zwischen den einzelnen Ländern zu kommen.

Rüntner (Deutschland) hielt ein Referat über die Entkommunifizierungsversuche in den verschiedenen Ländern. Mit Hilfe des Internationalen Arbeitsamts war versucht worden, aus vielen Ländern der Welt Material für diesen Vortrag zusammenzustellen. Das aus anderen Ländern beigebrachte Material war aber zu geringfügig, um zu einer zutreffenden Beurteilung der Gesamtlage auf dem Gebiet der Entkommunifizierung gelangen zu können. Der Kongress beschloß, das Referat in die verschiedenen Sprachen zu übersetzen und drucken zu lassen. Der gleiche Beschluß wurde gefaßt über das Referat des internationalen Sekretärs, von Hinte, über das Streikrecht der Arbeiter öffentlicher Dienste und die technischen Notfälle. Auch zu diesem Referat hatte das Internationale Arbeitsamt durch Rundfrage in den verschiedenen Ländern das Material beschafft, das etwas reichhaltiger und ausführlicher eingegangen war als bei dem vorhergenannten Referat.

Leveon (England) referierte über das Verhältnis unserer Organisationen gegenüber den Berufsorganisationen, ein Thema, das wir in Deutschland seit Bestehen unseres Verbandes dauernd zu behandeln gezwungen sind. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß auch im westlichen Lande der Berufsorganisationen sich ein harter Zug bemerkbar macht zu Industrie- und Betriebsorganisationen, wie wir sie darstellen.

Untroover (Belgien) behandelte in interessanter Weise die Notwendigkeit internationaler Aktionen gegen Gas- und Elektrizitätskonzerne, die sich über mehrere Länder erstrecken. Die Verhältnisse dieser großen und größten Betriebe zwischen Belgien und Frankreich und der Schweiz und auch herüberreichend zu uns nach Deutschland ist soweit gegeben, daß es sich notwendig macht, die Aktion in einem Lande nur im Einverständnis mit den anderen Ländern vorzunehmen.

Bemerkenswert wollen wir noch, daß auch die Frage des Anschlusses der russischen Gemeindefabrikanten an unsere Internationale eine lebhaft debattierte auf dem Kongress hervorgerufen hat. Im Prinzip stellte sich der Kongress auf den Standpunkt, daß es dringend notwendig wäre, die russischen Gewerkschaften sobald wie nur irgend möglich den westeuropäischen Bruderorganisationen anzugliedern. Der Kongress brachte zum Ausdruck, daß untererlei alles getan werden müsse, um die dem Anschluß der Russen entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Das Haupthindernis ist das Nebeneinanderbestehen zweier Internationales. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß eine Landesorganisation zwei verschiedenen Internationales mit verschiedenen Zielen angeschlossen kann. Der Kongress stellte sich auf den Boden der Beschlüsse, die vor kurzem vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Verein mit den Vertretern der einzelnen Berufsinternationales beschlossen worden sind.

Alles in allem war der Verlauf des Kongresses ein erfreulicher. Erhebliche Differenzen der Auffassung über wichtige Fragen bestanden überhaupt nicht. Wo abweichende Meinungen vorhanden waren, gelang es, dieselben meist auf eine gemeinsame Richtlinie zu bringen. Die Vertreter aller Länder waren sich bewußt, daß die Zerkümmern oder Schwächung einer Organisation der Internationalen gleichbedeutend ist mit einer erheblichen Schwächung der Gesamtschwäche. Diese Auffassung kam klar und deutlich zum Ausdruck bei der Erörterung der Verhältnisse in Deutschland. Die Internationale stellte deshalb der deutschen Organisation neben der bisher geleisteten Unterstützung die weitestgehende Hilfe in Aussicht. Das darf kein Grund für uns sein, die Hände in den Schoß zu legen, denn eine Organisation von der Größe der deutschen, die allem mehr als die Hälfte der gesamten Mitglieder der Internationale umfaßt, kann naturgemäß nicht dauernd durch Unterstützungen aus anderen Ländern gehalten werden. Es wird deshalb selbstverständlich die Aufgabe und die Pflicht unserer deutschen Mitglieder sein, ihre Organisation auf einen Stand zu bringen, der es ihr ermöglicht, die internationale Hilfe für andere Kampfzwecke aufzuspeichern.

Begeisterung gingen die Delegierten am Schluß des Kongresses auseinander mit der Ueberzeugung, für die Internationale wertvolle und nützliche Arbeit geleistet zu haben. Dank gebührt den belgischen Kollegen für die dem Kongress gewährte Gastfreundschaft und für die treffliche Vorbereitung des Kongresses, wodurch dessen Arbeiten erheblich erleichtert wurden. Wir behalten uns vor, in einem weiteren Artikel die einzelnen Resolutionen zum Abdruck zu bringen und sie einer besonderen Würdigung zu unterziehen.

## Beleidigung

Bei Entlassungen sollen soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Durch die Verordnung vom 15. Oktober 1923 ist § 18 der Verordnung vom 12. Februar 1920 aufgehoben worden, welcher die Arbeitgeber verpflichtete, bei Entlassungen das Lebens- und Dienstalter sowie den Familienstand der Arbeitnehmer derart zu berücksichtigen, daß die älteren und eingearbeiteten Kräfte und diejenigen mit unterhaltsbedürftigen Angehörigen möglichst in ihrer Arbeitsstelle zu belassen sind. Hierzu schreibt der Reichsarbeitsminister in einem Bescheide vom 18. November 1923, daß die Aufhebung dieses § 18 nicht etwa bedeuten sollte, daß der Grundlag derselben verlassen werden soll. Vielmehr habe er geglaubt, daß die Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse, wie sie § 18 vorschrieb, inzwischen so sehr zum allgemein anerkannten Grundlag bei Entlassungen geworden ist, daß er auch ohne ausdrückliche Bestimmung beachtet und in Streitfällen im Wege des § 84 Ziffer 4 des BRG. (M. 7807/28) hergestellt werden wird. — Durch die inzwischen noch erlassene Abbauperordnung, welche nicht nur den erwähnten § 18 für die Verwaltungen, die ihre Arbeitnehmer aus öffentlichen Mitteln entlassen, noch einmal besonders außer Kraft setzt, sondern auch den § 84 Ziffer 4 des BRG für diese Verwaltungen aufhebt, ist an einer moralischen Verpflichtung zur Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse bei Entlassungen nichts geändert worden. Den Arbeitnehmern, die ihre Dienstverträge „aus öffentlichen Mitteln“ erhalten, ist aber die Möglichkeit genommen, diese Berücksichtigung zu erzwingen.

## Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Zu dem Protesten gegen die Goldmarklöhne. Infolge der zahlreichen Proteste gegen den Abschluß des Goldlohnartikels, die dem Verbandsvorstand zugehen, haben wir uns veranlaßt, noch eine weitere Klarstellung zu geben. Entgegen der in den Aufschriften enthaltenen Meinungen, als ob die Gewerkschaften diesem Goldlohnabschluß ihre Zustimmung gegeben haben, muß nochmals mit allem Nachdruck betont werden, daß die weder dem Goldlohnartikl, noch der Beamtenbesoldung, noch der Beamtenabbauperordnung beipflichtet. Im Gegenteil! Die Gewerkschaftsvertreter haben der Regierung gegenüber immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß Sozialministerpräsidenten, allein auf Kosten der Arbeitnehmer durchgeführt, die Gesundung der deutschen Wirtschaft nicht bringen werden, sondern daß dazu in erster Linie die Erhebung von Besitzsteuern notwendig ist. Leider wurde diesen Tatsachen nicht die gebührende Beachtung geschenkt. Unsere Kollegen handeln daher ganz falsch, wenn sie glauben, die niedrigen Lohnsätze seien durch die mangelnde Energie ihrer Vertreter entstanden. Es tritt leider bei unserer Kollegenschaft oft die Auffassung zutage, als ob der Verband eine Lohnfestsetzungsmaschine geworden sei, die man, je nach Wunsch, auf eine beliebige Ziffer einstellen kann. So ist es leider nicht, sondern die Lohnfestsetzung hat einen realen Hintergrund in den jeweils wirtschaftlichen Verhältnissen des Staates. Wir müssen uns daran gewöhnen, gerade diesen Lohnabschluß ausschließlich von diesem Gesichtspunkt aus zu sehen. Deutschlands Wirtschaftslage ist trübselig, die Finanzen des Staates vollständig gerüttelt. Ohne harte Eingriffe würde es eine Gesundung in Deutschland nie geben. Doch man sie vorwiegend auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung herbeiführen will, ist ein Standal, liegt aber in der gegenwärtigen politischen Zusammenfassung der deutschen Reichsregierung und nicht zuletzt auch des Deutschen Reichstags. Von diesen Körperlichkeiten soziales Verständnis zu erwarten, bedeutet eine vollständige Verkennung der Situation. Uns bleibt auch für die Zukunft nur ein einziges Mittel, um unsere Lage zu verbessern: die gewerkschaftliche Organisation. Wer die deutsche Arbeiterbewegung seit ihrem Bestehen verfolgt hat, der weiß, daß Erfolge stets nur im gewerkschaftlichen Kampf zu erreichen waren, der weiß aber auch, daß es in dieser wechselvollen Bewegung nicht nur Erfolge sondern auch Rückschläge gegeben hat. Sollten wir deshalb, weil wir uns augenblicklich in der Defensive befinden, selbst aufgeben und seine dem Verband den Rücken kehren, um dann wieder hinzuzufinken in jene Zeit, wo es in den Reichs- und Staatsbetrieben weder eine geordnete Arbeitszeit, noch Urlaub, noch sonstige sozialen Veranlassungen gab? Nein und abermals nein! Noch haben wir viel zu verlieren, noch all es, das Erzeugnisse, unsere Tarifverträge, zu halten. Denn ohne Arbeiterorganisation kein Tarifvertrag, keine geordneten Arbeitsverhältnisse, dagegen aber Mißwirtschaft der Vorgesetzten, Unterdrückung und Anrechtlosigkeit. Zwischen diesen beiden habt Ihr, Kollegen, die Ihr in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigt seid, zu wählen. Bringt alle, die Gefahr laufen, den rechten Weg zu verlieren, wieder auf die richtige Bahn zurück und sorgt dafür, daß unsere Reichs- und Staatsarbeiter-schaft geschäftiger denn je besteht. — Wie aus nachstehender Verfassung des Reichsfinanzministeriums ersichtlich ist, ist es dem Verband noch gelungen, für die zur Entlassung kommenden Arbeiter ein Übergangsgeld, wenn auch leider nur für eine Woche,

herauszuholen. Auch diese kleine Maßnahme zeigt die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Anfolge Beschlusses des Reichskabinetts vom 17. Dezember 1923 wird die Verfügung Nr. 699 S. 402 N.D. 1923 ergänzt, wie folgt: Dem in Durchführung der Personalabbaumaßnahmen entlassenen oder noch zu entlassenden Arbeitern, die am Tage der Beendigung des Dienstverhältnisses das 21. Lebensjahr vollendet haben und seit wenigstens 1 Jahr ununterbrochen bei einer Reichsdienststelle beschäftigt waren, kann am Tage des Ausscheidens als Übergangsgeld ein Wochenlohn gewährt werden. Zum Lohn gehört auch die Ortslohnzulage, der Frauen- und Kinderzuschlag sowie ein einmaliger persönlicher Lohnzuschlag. Von der vorstehenden Ermächtigung, die einen Rechtsanspruch des einzelnen nicht begründet, bitte ich allgemein Gebrauch zu machen, sofern nicht in der Person des einzelnen Arbeiter ein wichtiger Anlaß vorliegt, ihm diese Vergünstigung zu versagen. Soweit bereits entlassene Arbeiter ein höheres Übergangsgeld empfangen haben, hat es hierbei kein Bewenden.

**Aus unserer Bewegung**

Berlin. Der finanzielle und wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands hat natürlich auch die Gemeindeverwaltungen in eine schwere Notlage versetzt. Dieser Umstand ließ den Gegnern der Kommunalisierung allerorts die Gelegenheit günstig erscheinen, zu einem großen Schlag gegen diese auszuholen. All die unangenehmen Erscheinungen, die sich in den städtischen Betrieben und Verwaltungen bemerkbar machten wie Kapitalknappheit usw., die ihre Hauptursache in der Bekantwirtschaftslage hatten, wurden auf das Konto der kommunalisierten Betriebsführung gebucht. In Berlin hatten sich die Verhältnisse besonders durch die ungünstige Zusammenfassung der Sabotageordnenungsverammlung (bürgerliche Mehrheit) ohne Zweifel zuungunsten einer geordneten gemeinwirtschaftlichen Betriebsführung entwickelt. Es wurde denn auch die erst nach dem Kriege in kommunale Regie überführten Straßenbahnen in eine S. m. b. H. umgewandelt, ihr folgten die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Letztere erhielten die Form einer A.-G. (jedes Werk eine A.-G.). Unter Verband hat alles versucht, die Betriebe in ihrer bisherigen Verwaltungsform zu erhalten, weil eine geordnete Betriebsführung auch hier möglich war. Wir wußten aber auch ebenso sicher, daß die neuen (oder auch alten) Leiter der nunmehr von jeder „Partikularität“ befreiten Betriebe, als „Allheilmittel“ zur Gesundung der Betriebe den Abbau der Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte in der Tasche hatten. Selbst es doch die Direktion der Straßenbahn überhaupt ab, für ihre Arbeiter einen Tarifvertrag abzuschließen. Auch in den drei Müllergesellschaften macht sich sofort die Tendenz, die Tarifverträge abzubauen, bemerkbar. Zunächst dadurch, daß versucht wird, den Privat- arbeiterverbänden beizutreten. Weiter aber auch dadurch, daß von der Direktion der Elektrizitätswerke mit dem Verband der Maschinen- und Heizer ab 1. Januar ein Tarifvertrag abgeschlossen und die Allgemeinverbindlichkeit beantragt wurde. Wir werden dieses Vorhaben zu verhindern wissen, zumal unser Tarifvertrag mit der Stadt Berlin noch bis 1. April 1924 gilt. Denn laut Gesellschaftsvertrag tritt die A.-G. in alle bestehenden Verträge ein. Unsere Organisation wird all ihre Kraft daransetzen, um die Kollegen vor Schäden zu bewahren. — Das verfloßene Jahr hat uns in unermüdlichem Kampfe leider in die Abwehrstellung gedrängt. Die deutsche Revolution erfährt wie alle Revolutionen ihren Rückschlag. Der außerordentliche Druck, der auf Deutschland lastet und nicht zuletzt die Herrlichkeit der Arbeiterkassen liehen das Kapital zu einer ungeahnten Stärke gelangen. Das neue Jahr wird zeigen, ob die Arbeiterkassen weit vor für das, was sie errungen hatte. Denn wenn sie es war, wird sie auch bereit sein, darum zu kämpfen. Es hat sich in letzter Zeit eine Art Fatalismus unter der Arbeiterkassen bemerkbar gemacht. „Es hat ja doch keinen Zweck, die Gewerkschaften tun nichts.“ wird gesagt. Diesen Kollegen sei gesagt: Die Arbeiterbewegung ist keine Sekte, die getrieben wird von einzelnen Führern, sondern sie ist eine geschichtliche Notwendigkeit. Die Erfolge sind abhängig von dem Grade des Klassenbewußtseins jedes einzelnen und seiner Ueberzeugungstreue zur Organisation, die beide, zusammen mit der finanziellen Kraft der Organisation, erst die notwendige Stärke geben um Kämpfe erfolgreich führen zu können. Die Arbeiterbewegung ist keine Bewegung von Führern, sondern eine Bewegung der Masse, in der sich jeder einzelne keiner Pflicht und keiner Bedeutung bewußt sein muß, in der jeder einzelne zugleich Führer sein muß. Erfüllen wir alle diese uns geschichtlich auferlegte Pflicht, dann können wir hoffnungsfreudig in das neue Jahr und in die Zukunft sehen, trotz alledem!

**Aus den deutschen Gewerkschaften**

Veränderungen in den deutschen Gewerkschaften. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat Mitte Dezember 1923 seine Bureaus in das neuerrichtete Gewerkschaftsbundeshaus Berlin S. 14, Inlellstr. 6 verlegt (Telephon Moritzplatz 14 623 bis 14 627). — Mit Nr. 51/52 Jahrgang 1923 stellt das „Korrespon-

denzblatt“ des ADGB sein Erscheinen ein, ebenso mit Nr. 12 die „Beirlebszeitung“. Beide Blätter erscheinen im neuen Jahre vereint als „Gewerkschaftszeitung“. — Aus dem Bundesvorstande ausgeschieden sind die Genossen Rudolf Wiffell und Adoff Cohen. Ersterer war seit 1908 als Sekretär im Zentralarbeitssekretariat tätig. 1910 übernahm er die Leitung der Sozialpolitischen Abteilung. Gleichzeitig wurde er als Sekretär Mitglied des Bundesvorstandes. Wiffell ist Mitglied des Reichstages und des Reichswirtschaftsrates. Er scheidet aus dem Bundesvorstande, um sich völlig dem öffentlichen Leben zu widmen. Adoff Cohen war von 1901 bis 1918 Bevollmächtigter der Filiale Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Seit 1908 gehörte er der Generalkommission als Beisitzer an. 1919 wählte ihn der Rürnberger Gewerkschaftskongress zum stellvertretenden Vorsitzenden des ADGB. Nach Regiens Tode wurde er Präsident des Reichswirtschaftsrates. Ein schwerer Schlaganfall, unter dessen Folgen er jetzt seit 1 1/2 Jahren leidet, zwingt ihn in den Ruhestand zu treten. Ebenfalls in den Ruhestand tritt der 73jährige Genosse Gustav Heintze. Er leitete seit 1910 die Abteilung für Bauarbeiterkassen beim Vorstand des ADGB. Vorher war er seit 1890 Sekretär der Zentralkommission für Bauarbeiterkassen in Hamburg. — Am 1. Januar erfolgte der Uebertritt des Rürnbergerverbandes zum Deutschen Bekleidungsarbeiterverband. „Der Rürnkamer“, der seit August 1923 nicht mehr erscheinen konnte, kam noch einmal am 15. Dezember heraus und nahm nun endgültig Abschied von seinen Lesern.

**Rundschau**

Neuregelung der Lohnsteuer. Mit Wirkung vom 1. Januar 1924 an ist der Steuerabzug vom Arbeitslohn grundlegend geändert worden. Es bleibt ohne Rücksicht auf den Familienstand des Arbeitnehmers ein bestimmter Teil des Arbeitslohnes steuerfrei, und zwar bei Monatslöhnern 50 Goldmark monatlich, bei Wochenlöhnern 12 Goldmark wöchentlich, bei Tagelöhnern 2 Goldmark täglich, für kürzere Zeiträume 0,50 Goldmark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Durch diesen sogenannten „steuerfreien Lohnbetrag“ werden die Werbungskosten abgezogen, der Familienstand wird besonders berücksichtigt. Die vorgenannten Beträge scheidet also bei der Berechnung der Steuer von vornherein aus. Sie sind daher vom Arbeitslohn in Abzug zu bringen. Von dem den steuerfreien Lohnbetrag übersteigenden Teil des Arbeitslohnes sind bei jeder Lohnzahlung 10 Proz. als Steuer einzubehalten. Der Satz von 10 Proz. ermäßigt sich um je 1 Proz. für die Ehefrau und die minderjährigen Kinder des Arbeitnehmers, wenn sie auf dem Steuerbuch von der Gemeinde vermerkt sind, sowie für jeden auf dem Steuerbuch vermerkten mittellosen Angehörigen des Arbeitnehmers. Die durch Abzug vom Arbeitslohn einbehaltenden Steuerbeträge sind in allen Fällen am nächsten durch 5 Goldmarken zu teilbaren Betrag nach unten abzurunden. Die neuen Bestimmungen finden erstmalig auf den Arbeitslohn Anwendung, die für eine Arbeitsleistung gezahlt wird, die nach dem 31. Dezember 1923 erfolgt. Der auf den 31. Dezember 1923 entfallende Lohnbetrag ist nach den bisherigen Bestimmungen (Steuer gleich 10 Proz. des Lohnes, abzüglich einer Loosesermäßigung nach der am 31. Dezember gültigen Verhältniszahl) zu berechnen. Die Verhältniszahl zur Berechnung des Steuerabzuges für die Zeit vom 29. bis 31. Dezember einschließlich beträgt 0,9999.

**Verbandstell**

Bekanntmachung des Vorstandes. Den Filialen sind die Fragebogen über Organisationszugehörigkeit nebst entsprechender Zahl Hilfsfragebogen sowie einem dazu gehörenden Anschreiben zugemanen. Angesichts des allgemeinen in Erscheinung tretenden „Personalabbaues“, bitten wir der Beantwortung des Fragebogens die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Ausfüllung des Bogens hat streng nach den Befehlen zu erfolgen, die dem Fragebogen beigegeben sind. Der ausgefüllte Fragebogen ist spätestens bis zum 1. Februar 1924 dem Vorstandsvorsitzenden, Berlin SO. 33, Schöffische Str. 42, einzuliefern. Jeder Fragebogen, der uns zugehört wird, muß mit Filialstempel und mit dem Namen des Filialleiters versehen sein. Von dem ausgefüllten Fragebogen ist eine Abschrift den Filialleuten beizuliegen. Bei Bedarf sind weitere Hilfsfragebogen sofort von der Hauptverwaltung einzufordern. Der Vorstandsvorsitzende.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

Die Gewerkschaftsbewegung. Von Dr. Friedrich Heiler. Zweite umgearbeitete Auflage in drei Bänden. Preis: Band I S. 14, ab. 17; Band II S. 30, ab. 26; Band III S. 2, ab. 2. Verlag: Ernst Reinhardt Verlag (Ged. Franz Mülbacher), Stuttgart.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsbediensteten in Berlin, Hauptverwaltung, Berlin SW. 68, Unter den Eichen 46a. Druck: Zentral-Druckerei und Verlagsanstalt „Der Arbeiter“, Berlin SW. 68, Unter den Eichen 46a.